Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 432 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Ostorte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 3. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 58 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Ebert und Noske haben gestern in Leipzig die Mustermesse besucht.

* Graf v. d. Goltz erklärte, daß er die Weigerung seiner Truppen, nach Deutschland zurückzukehren, mißbillige.

* In Ludwigshafen droht doch noch der Generalstreik auszubrechen, da die Franzosen noch nicht alle Verhafteten freigelassen haben.

* Der deutsch-evangelische Kirchentag wurde gestern in Dresden eröffnet.

* Der deutsch-österreichische Friedensvertrag ist gestern, wie aus Paris gemeldet wird, überreicht worden. Die Unterschrift wird für den 7. September erwartet.

* In Albanien ist ein Aufstand gegen die Besatzungstruppen der Italiener ausgebrochen.

Herr Ebert auf der Mustermesse

Leipzig, 2. September.

Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske sind heute vormittag ½11 Uhr zum Besuche der Leipziger Mustermesse im Sonderzug, von Dresden kommend, hier eingetroffen. Reichswirtschaftsminister Schmidt weilt bereits seit gestern in Leipzig. Der Reichspräsident und der Reichswehrminister wurden am Bahnhof vom Oberbürgermeister Dr. Rothe und den Vorstehern des Meßamts empfangen und sodann im Automobil nach dem Meßamt geleitet, wo offizielle Begrüßung stattfand. Der Oberbürgermeister wies in seiner Ansprache darauf hin, daß die Bedeutung der Messe für die deutsche Volkswirtschaft zu keiner Zeit größer gewesen sei, als jetzt. Wegen des Mangels an Rohstoffen könnten leider die Meßindustrien zurzeit nicht so arbeiten, wie es wünschenswert wäre. Sobald aber dieser Mangel einmal abgestellt sei, werde Leipzig für den Exporthandel eine allererste Rolle spielen. Der Aufschwung, den die Messe genommen habe, zeige sich besonders in der Besucherzahl, die von durchschnittlich 4000 vor dem Kriege auf über 9000 Aussteller gestiegen sei, während die Zahl der Einkäufer auf über 80 000 angewachsen sei. Der Besuch des Herrn Reichspräsidenten sei als ein Beweis dafür aufzufassen, daß die Regierung die Bedeutung der Messe einzuschätzen wisse. Eine große Gefahr für die Gesamtheit bedeute die Zersplitterung des Meßwesens, die von einigen Seiten angestrebt werde. Reichspräsident Ebert hob in seiner Erwiderung hervor, daß er gern und freudig der Einladung gefolgt sei, nicht nur deshalb, weil damit seinem Herzenswunsche entsprochen wurde, sondern weil er diesen Besuch als eine Ehrenpflicht angesehen habe angesichts der Bedeutung der Leipziger Mustermesse. Er freue sich, daß man in Leipzig gleich nach dem Zusammenbruche wieder an die Arbeit gegangen sei, die nicht nur der inneren Wirtschaft, sondern auch dem Welthandel gelte. Da die Arbeit die Quelle aller Kultur sei, so werde die Welt bald wieder erkennen, was Deutschland in kultureller Hinsicht zu leisten vermöge. Die Welt werde aber auch erkennen, daß sie die deutsche Industrie und den deutschen Handel nicht entbehren könne. Sie werde einsehen, daß es eine Torheit sei, den Versuch zu machen, Deutschland von friedlicher Mitarbeit auszuschalten. Von allen Hemmnissen, die sich unserem Aufbau entgegenstellten, müßten wir vor allem eines überwinden lernen, nämlich die Verzagtheit, die sich noch in weiten Kreisen geltend mache. Gelinge uns dies, dann könnten wir getrosten Schrittes weitermarschieren. Der Reichspräsident wurde mit seinen in sehr energischem Tone gesprochenen Ausführungen den lebhaften Beifall der Anwesenden. Der Direktor des Meßamtes, Dr. Köhler, gab sodann einen geschichtlichen Ueberblick über die Messe. Darauf sprach Geheimer Kommerzienrat Rosenthal. Ein Rundgang durch die Meßpaläste wurde dem Reichspräsidenten und den anderen Gästen gegeben, daß die auf der Messe vertretenen großen Industrien einen bedeutenden Aufstieg genommen haben. Der Export habe einen Anteil an der Meßindustrie. Der Minister des Innern, Uhlig, brachte das Bedauern des sächsischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck, nicht selbst erscheinen zu können, und übermittelte Glück- und Glückwünsche der sächsischen Regierung. Darauf wurde Reichspräsident Ebert durch die Meßhäuser geführt. Hierbei wurden besucht die Meßausstellungshalle am Markt, der Handelshof, der Zentralmeßpalast, Specks Hof, sowie die Dresdner Bank und andere.

Noske und der Leipziger Mob

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 2. September.

Zu dem Besuch des Präsidenten Ebert und Minister Noske auf der Leipziger Messe wird uns noch mitgeteilt, daß Noske beim Wiedererscheinen auf der Straße von dem Mob mit allen möglichen Schimpfworten bedacht wurde. Er ließ sich jedoch energisch damit, daß er den Anöpflern mit sofortiger Verhaftung drohte, wenn sie sich nicht sofort ruhig verhielten. Dies genügte und der Mob geht auseinander.

Dem Mitarbeiter der „Voßischen Zeitung" ist es übrigens gelungen, den Reichspräsidenten kurz zu sprechen und ihn um die Eindrücke, die er auf der Messe erhielt, zu befragen. Der Präsident sagte: „Meine schon ausgesprochene Ansicht ist, daß die Leipziger Messe berufen ist, das deutsche Wirtschaftsleben wesentlich in die Höhe zu bringen. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit Industriellen zu sprechen, die mir sagten, daß die Arbeiter jetzt zur Besinnung kommen. Schlimm steht es nur um die Polen, diese Frage ist unsere größte Sorge. Ich nehme den stärksten Eindruck von der Messe mit mir. Ich war stets Optimist genug, um zu glauben, daß wir wieder vorwärts kommen. Jetzt glaube ich es fast bestimmt, und bin durch Unterhaltungen mit ausländischen Vertretern, die von einem Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft überzeugt sind, erheblich in dieser Ansicht gestärkt worden.

Das Ausland auf der Mustermesse

Leipzig, 2. September.

Die Meßbesucher aus Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland hatten sich am Montag abend mit den Vertretern des Meßamts und der deutschen Behörden zur gemeinsamen Aussprache zusammengefunden. Nahezu 300 Kaufleute aus den nordischen Kreisen hatten der Einladung Folge geleistet. Von der Reichsregierung waren unter anderm Reichswirtschaftsminister Schmidt, Ministerialdirektor Müller, Geheimer Oberregierungsrat Flach, Legationsrat Marwald vom Auswärtigen Amt und Oberregierungsrat Haeseler anwesend. Außerdem waren der norwegische Konsul Kürsten, der dänische Vizekonsul Christensen, der dänische Konsul Joh und mehrere Pressevertreter aus den nordischen Staaten neben einer Reihe von weiteren Ehrengästen zugegen. Der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Dr. Rothe, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Meßamts, begrüßte mit herzlichen Worten die Erschienenen und bezeichnete als Zweck des skandinavischen Abends, einen gemeinsamen Gedankenaustausch herbeizuführen, der das gegenseitige Verständnis fördern solle. Die Wünsche der ausländischen Messebesucher wolle man entgegennehmen, um ihnen in weitestem Maße Rechnung zu tragen. Reichswirtschaftsminister Schmidt richtete eine längere Ansprache an die Versammelten, in der er zunächst seiner Freude über den starken Besuch aus den nordischen Ländern zur Messe Ausdruck gab. Er wies darauf hin, daß Deutschland immer in enger Freundschaft mit den nordischen Staaten gelebt habe. Wenn der Krieg Verstimmungen gegen Deutschland habe aufkommen lassen, so sei er überzeugt, daß die alten freundschaftlichen Beziehungen wieder ihre alte Festigkeit erhalten würden. Deutschland wünsche, in einem guten Verhältnis zu allen Völkern zu leben. Trotz aller Nöte, die über das deutsche Volk hereingebrochen seien, habe es den Willen, durch fleißige Arbeit sich wieder emporzuarbeiten und mitzuhelfen, den Weg zum Aufstieg aller europäischen Völker zu bahnen. Jedes Volk in Europa habe unter der Last des Krieges leiden müssen, auch die nordischen Staaten. Wenn aber alle Völker jetzt gemeinsam ans Werk gehen, dann werden wir alle zur kulturellen und wirtschaftlichen Wohlfahrt gelangen. Jedes Volk, das dieses Ziel erstrebt, muß hinaus auf den Weltmarkt. Es freue ihn, wenn aus dem Auslande Besucher kommen, damit sie sehen, daß deutscher Fleiß, deutsche Energie und Erfindungsgabe noch lebendig sind und daß man die Lebensfähigkeit Deutschlands nicht in Zweifel ziehen darf. Die Rede des Reichswirtschaftsministers, die von einem wohltuenden Optimismus getragen war, fand lauten Beifall. Ein dänischer Kaufmann sprach den Dank seiner Landsleute für die gastliche Aufnahme aus. Im gleichen Sinne sprachen sich noch mehrere Vertreter der nordischen Staaten aus. Geheimer Kommerzienrat Rosenthal-Selb in Bayern sprach namens der Zentralstelle für die Interessenten der Leipziger Mustermesse und dankte für die anerkennenden Worte, die man der deutschen Industrie gezollt habe. Er forderte die Industriellen der skandinavischen Länder auf, noch mehr als bisher die Leipziger Messe auch als Aussteller zu besuchen, damit die Internationalisierung der Messe weiter fortschreite.

Die pfälzische Frage

Karlsruhe, 2. September.

Der stellvertretende Pfälzer Regierungspräsident von Klingenstiern hatte eine Audienz bei General Fayolle, in deren Verlauf sich der General über die pfälzische Frage dahin äußerte, sie sei eine rein deutsche Angelegenheit, und die Besatzungsbehörden hätten strengste Neutralität zu bewahren. Ferner bemerkte Fayolle, daß für alle Parteien, ohne Unterschied der Richtung, vollkommene Freiheit gewährleistet würde, sich über die pfälzische Frage in Wort und Schrift, Versammlung und Presse auslassen zu können. Von allgemeinen formalen Erfordernissen des Rechts zwecks Anmeldung von Versammlungen kann natürlich nicht abgesehen werden. Schließlich hat der General, daß die obersten Verwaltungsbeamten der Pfalz der in weiten Kreisen herrschenden Besorgnis um die Zukunft der Pfalz, ihre Rechte und freie politische Betätigung entgegentreten möchten. Die französischen Behörden haben die Freilassung aller in Ludwigshafen verhafteten Beamten angeordnet. General Fayolle hat für seine Heeresgruppe angeordnet, daß sich alle Offiziere der Besatzungsarmee jeder politischen Tätigkeit zu enthalten hätten. Für die Gefangenen ist ein Strafnachlaß zu erwarten.

Infolge wiederholter Mißhandlungen pfälzischer Bewohner durch die Franzosen haben sich die Ueberfälle auf Angehörige der Besatzungsarmee sehr erhöht. Ein neuer Ueberfall auf einen französischen Beamten fand am Donnerstag abend auf dem Domplatz zu Speyer statt, als Täter kommen drei Männer in Frage; wenn diese nicht ermittelt werden, ist der Stadt Speyer mit der schwersten Strafe gedroht. Für die Ergreifung der Täter sind 1000 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Doch Generalstreik in der Pfalz?

Mannheim, 2. September.

Die „Landeszeitung" meldet: Die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen hat den Postbeamten Fuhrmann auch heute noch nicht freigelassen. Die Arbeiterschaft hält an dieser Freilassung unbedingt fest, so daß der Generalstreik schließlich auszubrechen droht. Die Verhandlungen hierüber schweben noch. Die Beerdigung des getöteten Postverwalters See fand gestern unter zahlreicher Beteiligung der Ludwigshafener Bevölkerung statt. Ueber die Vorgänge im Ludwigshafener Hauptpostamt am Freitag gibt die pfälzische Regierung mit Genehmigung der französischen Besatzungsbehörde einen amtlichen Bericht heraus.

* * *

Friede — Arbeit — Fortschritt — Wohlstand

Diese vier Worte lesen die Berliner als „Kennworte" auf den Brotkarten für die nächsten Wochen; nachdem zuvor mit Schiller, Goethe usw. der „Geist von Weimar" bei dem schimmligen Backergezeugnis Gevatter gestanden hatte, das zurzeit als Brot verkauft wird. „Friede — Arbeit — Fortschritt — Wohlstand"? so kopfschütteln sie. Was soll das heißen? Da die Reihenfolge, in der die Worte einander folgen sollen, bekanntlich erst von Woche zu Woche in letzter Stunde bekannt gemacht wird, so ist das Geheimnis um so größer. Wenn wir Frieden und Arbeit haben, so ist der Fortschritt allmählich wieder zu einem gewissen Wohlstande möglich. Das heißt, wenn der Friede danach ist, und wenn sich zu der Arbeit auch Arbeitswillige finden. Wie aber heute die Verhältnisse liegen, bei diesem Frieden und dem herrschenden Mangel nicht nur an Arbeitsmöglichkeit, sondern mehr noch an Arbeitslust, ist jeder Fortschritt unmöglich und wir können niemals wieder zu Wohlstand gelangen, müssen vielmehr in die bitterste Not geraten. Und so sollen denn wohl die vier Kennworte eine Mahnung an die Bevölkerung bilden, entsprechend den mehr oder weniger geschmackvollen Plakaten, mit denen unsere Regierung ja zu regieren liebt. Sozialismus heißt Arbeit! Sozialismus ist Brot, ist Freiheit, ist dies und jenes. Ja, wenn's nur wahr wäre! Aber da fehlt es leider, fehlt es vollständig! Und längst sind die Schlagworte der Revolutionsregierung zum Spott geworden.

Ebenso ergeht es der Stadt Berlin mit ihren vier Kennworten. — Friede? Haben wir eigentlich Frieden? Seit etwa zehn Monaten ist ja Waffenstillstand und seit einigen Wochen auch der Friede von deutscher Seite unterschrieben. Aber unsere Lage ist fast schlimmer als während der Kriegsjahre. Und die Feinde beeilen sich in keiner Weise, den Frieden zu ratifizieren. Sie haben auch nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes den Vernichtungskrieg gegen Deutschland fortgesetzt, nur daß wir uns nicht mehr wehren durften und daß die deutsche Revolutionsregierung und die Erzberger-Kommission ihnen bei der Vernichtung Deutschlands Handlangerdienste leisteten. Auch jetzt, nach der Unterzeichnung des Friedens durch unsere Regierung setzen sie den Krieg fort, lediglich die Form hat gewechselt. Und sie können das beliebig weiter treiben; denn die Friedensbedingungen sind unerfüllbar und geben ihnen das Recht einzuschreiten, sobald wir sie nicht erfüllen. Das Wort Friede ist sonach für das deutsche Volk ein blutiger Hohn.

Arbeit! Vermutlich wird die Woche, deren Kennwort dies ist, wieder einmal eine große Streikwoche werden. Ueberall liegt die Lust zum Aufstand ja in der Luft, man sucht förmlich nach einem Anlaß, selbst wo durchaus keiner zu finden ist. Und die natürlichen Folgen sind, daß bald auch die Arbeitswilligen massenweise feiern müssen. Denn sinnlose Lohnforderungen, erschreckend verminderte Arbeitsleistung, Kohlenmangel, Lahmlegung des Verkehrs, eins immer sich aus dem andern entwickelnd, richten unser gesamtes Wirtschaftsleben zugrunde. Jeder einzelne sieht das ein, die Gewerkschaftsführer, die Regierungsvertreter laufen händeringend umher und ermahnen und beschwören die Arbeiter, wenigstens noch in zwölfter Stunde, Vernunft anzunehmen. Aber sie haben früher selbst so oft den Streik und die Auflehnung gegen die Ordnung als gutes Recht des „Proletariers" gepredigt, daß man ihnen jetzt einfach nicht glaubt, wenn sie nun von der Pflicht zur Arbeit sprechen. Auch das Kennwort auf der Brotkarte, wenn es eine Mahnung sein soll, wird schwerlich wirken. Höchstens wird es den Spott derjenigen erwecken, die es anginge.

Fortschritt und Wohlstand! Woher sie bei solchen Zuständen kommen sollen, das ist ganz unerfindlich. Das sind Worte, die klingen uns heute wie Erinnerungen an eine schöne Jugendzeit. Wer wagt, seitdem die Revolutionswirtschaft alles auf wirtschaftlichem, geistigem und sittlichem Gebiet in Scherben geschlagen hat, noch auf dergleichen zu hoffen? Wie soll jemals wieder ein Fortschritt zum Wohlstande möglich sein, wenn eine wahnsinnige Sozialisierungs- und Konfiszierwut jede Unternehmungslust vernichtet und jede Schaffenskraft lahmlegt? Nein, solange das heutige System die Gewalt in Händen hat, die es so rücksichtslos und sinnlos mißbraucht, ist an Fortschritt und selbst den bescheidenen Wohlstand, den uns der unglückliche Friede etwa noch gestattete, nicht zu denken. Es muß erst gründlich mit den „Errungenschaften der glorreichen Revolution" aufgeräumt, die Bahn für die Flüchtigen wieder frei gemacht werden; dann erst können die Worte „Friede — Arbeit — Fortschritt — Wohlstand" andere Gefühle als die tiefste Bitterkeit und schmerzlicher Sehnsucht auslösen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909031-15/fragment/page=0001

Die Wahrheit über die Annexionisten

„Alldeutsche und Annexionisten, so kann man es immer und immer wieder in der linken Presse lesen, Annexionisten, die sich in leichtfertiger Siegeszuversicht wiegten, daß sie von blinder Gegnerschaft gegen die Vereinigten Staaten sich leiten ließen. Noch bis tief ins Jahr 1918 hinein wären sie von der Unbesiegbarkeit der deutschen Truppen fest überzeugt gewesen. Ihr Werk sei es, daß Deutschland dieses Ende nahm. Daß das Hetze ist, Unwahrheit, zeigt aufs deutlichste ein Brief des Grafen Reventlow, eines der führenden Männer der Rechten. Dieser Brief ist am 23. August 1916 an den damaligen Chef des Admiralstabes, Admiral von Holtzendorff, geschrieben. Den Anlaß dazu bildete eine tags zuvor stattgehabte Unterredung mit dem Admiral. Der Graf nimmt in dem Briefe Stellung gegen den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, vor allem greift er die Politik des Kanzlers im U-Bootkrieg an, der nur Halbheiten und Schlappen bedeute. Gerade diese Halbheit habe uns in die Abhängigkeit von Amerika und unter das Joch der Wilsonschen Niederbornote geführt. Hier hätte es beim echten amerikanischen bzw. neutralen Einspruche heißen müssen: entweder — oder; entweder rücksichtslos oder gar nicht. Falsch schätze der Kanzler die Neutralen und Großbritannien ein, ebenso falsch seien die zahlreichen Voraussagen französischen, englischen und russischen Zusammenbruches. Daß die politische Kriegführung mit diesen Dingen rechnete, habe den Verlauf des Krieges verderblich beeinflußt.

Inzwischen wird Deutschland, so heißt es wörtlich weiter, immer schwächer, an den Fronten wie im Innern, militärisch wie wirtschaftlich und moralisch. Gewinnen können wir den Krieg durch Stellungskampf nicht, sondern nähern uns trotz aller Teilerfolge den Tiefpunkte, wo der Krieg verloren und die äußere und die innere Volkskraft dahin sind. Dann, oder kurz bevor, als sogenanntes Verzweiflungsmittel wird der U-Boot-Krieg nicht mehr zum Ziele führen können, denn er wird für uns um so gefährlicher, je schwächer wir wirtschaftlich und militärisch auf dem Lande sind.

Alle Hoffnungen und Berechnungen des Kanzlers schlugen fehl, so ging es Schritt für Schritt in immer schwierigere Lage hinein. Daß man mit diesem oder jenem rechnet, das Deutschland vor dem Verderben bewahren soll, das könne der Bevölkerung wenig Vertrauen zur verantwortlichen Reichsleitung erwecken. Gerade die Politik und das Verhalten des Reichskanzlers ist in hohem Grade geeignet gewesen, das Vertrauen und das Kraftgefühl der sozialdemokratischen und demokratischen Richtung auf die Gestaltung in ihrem Sinne, also auf Kosten der Monarchie, zu erhöhen. Auch daß die Person S. M. des Kaisers während dieses Krieges gänzlich in den Hintergrund getreten ist, bedeutet einen schweren Schaden, für welchen der Reichskanzler die Verantwortung trägt.

Dieser Brief widerlegt alle jene Verleumdungen, die wie Pilze in dem sumpfigen Boden der Linken emporschießen.

Das erste deutsche Kirchenparlament

Dresden, 2. September.

Der deutsch-evangelische Kirchentag wurde heute in Dresden eröffnet. Nach verschiedenen Begrüßungen und einer Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten wurde Oberkirchenrat Dr. Möller-Berlin zum 1. Vorsitzenden, Oberhofprediger Dr. Debelius zum 2. Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Seetzen zum 3. Vorsitzenden gewählt. Es waren mehrere Anträge eingegangen als Erlaß an das deutsch-evangelische Volk, eine Kundgebung gegen die Auslieferung des deutschen Kaisers zu veranstalten, ferner eine Kundgebung für die Gefangenen, sowie eine solche für die Heidenmission. Geheimer Kirchenrat Dr. Ihmels hielt einen Vortrag über das Thema: „Der evangelische Glaube ist die Kraftquelle der Gegenwart." — Der sachliche Bericht verbreitete sich über die Aufgabe und Zuständigkeit des Kirchentages als einer dauernden Einrichtung. In einer Vorlage wurde seine Aufgabe dahin festgestellt, daß auf ihm auf Grund des Bekenntnisses wichtige Fragen des kirchlichen Lebens im freien Austausch der Ansichten besprochen werden sollten und er unbeschadet der Selbständigkeit der einzelnen Landeskirchen einen Bund der Zusammengehörigkeit darstellen und die einheitliche Vertretung und Förderung der gemeinsamen kirchlichen evangelischen Interessen übernehmen solle. Professor Dietrich Schäfer begründete seine Auffassung, daß die sittliche Ertüchtigung des deutschen Volkes die Vorbedingung des Wiederaufstieges sei. Die alte gesunde Lehre müsse wieder die Herrschaft gewinnen, daß Arbeit, Genügsamkeit und Gottvertrauen am besten zum Wohlstand führen. Mit drei Heilrufen auf das deutsche Volk und der Absingung des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles", schloß die Tagung.

Die Kriegsgefangenen

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Berlin, 2. September.

Der Abtransport der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen aus englischer Hand in Belgien und Nordfrankreich hat begonnen. In den letzten drei Tagen sind täglich 1000 Mann in Köln eingetroffen, von morgen ab werden je 3000 erwartet.

Versailles, 2. September.

Einzelne Blätter verbreiten eine Reuter-Meldung, wonach die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen in England von den Transportmitteln abhänge, die die Deutschen nach dem Friedensvertrag zu stellen hätten. Der Abtransport beginne, sobald die deutsche Regierung die erforderlichen Schiffe gesandt hätte.

Berlin, 2. September.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Von den ersten 2000 Kriegsgefangenen, die aus englischer Hand in Frankreich eingetroffen sind, ist der erste Transport von 1000 Mann in das Lager Meschede übergeführt worden. Die zweiten 1000 Mann wurden in das Lager Gießen gebracht.

Köln, 2. September.

In der vergangenen Nacht sind wieder 1000 unverwundete deutsche Kriegsgefangene aus englischen Gefangenlagern in Nordfrankreich hier eingetroffen.

Versailles, 2. September.

Der Oberste Rat der Alliierten beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit gewissen Ausführungsmaßnahmen betreffend den Rücktransport von deutschen Kriegsgefangenen.

Zerstörung deutscher Luftschiffe

Zu der englischen Meldung von der Zerstörung 12 auszuliefernder Luftschiffe erfahren die „B. P. N.": Von den zerstörten Luftschiffen waren einige bereits während des Krieges abmontiert worden, weil sie unbrauchbar geworden waren. Sieben Luftschiffe sind von den Mannschaften im Anschluß an die Vorgänge in Scapa Flow zerstört worden.

*

Eine neue Regierung in Birkenfeld

Eigenmächtigkeit der Franzosen.

Oldenburg, 2. September.

Letzten Sonnabend hat der französische Kommandant in Birkenfeld, Major Bastiani, den Landesausschuß aufgelöst und die Mitglieder der Oldenburger Regierung abgesetzt, weil die berufene Vertretung des Landes in Uebereinstimmung mit der oldenburgischen Landesregierung den Anschluß Birkenfelds an die preußische Rheinprovinz erstrebt. Es ist in Birkenfeld eine neue revolutionäre Provinzialregierung eingesetzt worden, bestehend aus dem Rechtsanwalt Zeller aus Zweibrücken, Sekretär Eisgel aus Saargemünd und Referendar a. D. Hauth aus Birkenfeld. Das oldenburgische Staatsministerium hat scharfe Verwahrung gegen diese verfassungswidrigen Gewaltmaßregeln eingelegt.

Polen und Oberschlesien

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 2. September.

Ueber die Stellungnahme der polnischen Regierung zur oberschlesischen Frage erfahren wir von einer maßgebenden polnischen Persönlichkeit: Die Stimmung der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens gegen die Deutschen ist wegen verschiedentlicher Uebergriffe deutscher Truppen in Oberschlesien sehr erregt. Dennoch steht die polnische Regierung auf dem Standpunkt, daß nichts getan werden darf, was den Friedensvertrag zuwiderläuft. Dieser Ansicht gab Paderewski in den letzten Tagen öffentlich Ausdruck, indem er in Warschau während einer Ansprache an die Volksmenge erklärte, daß keine polnischen Angriffe gegen Oberschlesien stattfinden werden. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die deutsch-polnischen Beziehungen sehr gespannt sind.

Die Kommission in Oberschlesien

Im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung begeben sich heute die Generale Dupont, Malcolm und Benvenga, die Chefs der hiesigen fremden Militärkommissionen, nach Oberschlesien, um sich mit der bereits dorthin entsandten interalliierten Militärkommission zu vereinigen. Die Befugnisse dieser Kommission werden dadurch selbstverständlich nicht geändert. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß die im Friedensvertrag vorgesehene Besetzung Oberschlesiens durch fremde Truppen schon vorzeitig erfolgen werde, entbehren jeder Grundlage.

Wie W. T.-B. hierzu erfährt, kann es vom deutschen Standpunkt aus nur willkommen sein, wenn die mit den deutschen Behörden bereits vertrauten Chefs der alliierten Kommissionen sich an Ort und Stelle von der wirklichen Lage überzeugen.

Der Geiselmord vor Gericht

München, 2. Sept.

Unter den zur Verhandlung vorgeladenen Zeugen befinden sich zahlreiche Verwandte der ermordeten Geiseln, ferner Offiziere und Soldaten der Reichswehr, Mitglieder der inzwischen aufgelösten Roten Garde und zahlreiche Personen, die ebenfalls als Geiseln vorübergehend in Haft waren. Unter den letzteren befinden sich der Redakteur der „Münchener Neuesten Nachrichten, Fritz Schmidt, der seine Erlebnisse im Münchener Geisel-Keller seinerzeit veröffentlicht hat, der Sohn des plötzlich verstorbenen Reichstagsabgeordneten Kerchensteiner, Rechtsrat Dr. Conrad u. a. Die Angeklagten machen fast durchweg einen wenig günstigen Eindruck. Im ersten Teil der Verhandlung benimmt sich Seidl sehr herausfordernd und lacht mehrmals höhnisch auf, als die einzelnen Mordtaten an den Geiseln zur Verhandlung gelangen. Neben ihm interessiert vor allem sein Unterkommandant, der Zimmermann Schickelhofer.

Nach dem Zeugenaufruf beginnt Staatsanwalt Hoffmann die Anklage, indem er ausführt: Die zur Anklage stehenden Geiselmorde im Luitpold-Gymnasium bildeten den Ursprung des Terrors in München. Die Ermordeten waren aus verschiedenen Anlässen in den letzten vorhergegangenen Tagen festgenommen worden. Den Boden für ihre Ermordung hatte die maßlose Hetze der damaligen Diktatoren bereitet. Der Staatsanwalt schildert dann das Schicksal der einzelnen Geiseln, die fast durchweg aus anderen Städten stammen. Die Angeklagten haben die Geiseln roh und gemein behandelt. So mußten die beiden Husaren Linnenbrugger und Hindorf und die Gräfin Westarp vor ihrer Ermordung den Rotgardisten die Zimmer fegen. Alle Geiseln wurden gezwungen, der Erschießung der übrigen aus nächster Nähe zuzusehen. Den ehrwürdigen Greis Professor Berger stieß und zerrte man zur Richtstätte. Die Gräfin Westarp empfing man auf dem Richtplatz mit höhnischen, gemeinen Beschimpfungen rohester Geschlechtlichkeit. Man zerrte sie zum Richtplatz und konnte kaum erwarten, bis sie ein paar Abschiedszeilen auf dem Rücken eines Soldaten geschrieben hatte. Die Erschießung der Geiseln fand aus nächster Nähe statt. Wenn eines der Opfer noch Lebenszeichen gab, so schoß irgend ein Rohling noch einmal. So entstanden die gräßlichsten Verstümmelungen der Leichen. Den Toten wurden ihre Habseligkeiten fortgenommen, zum Teil gestohlen. Wie schamlos roh und unsagbar gemein nicht bloß einzelnen Rotgardisten im Luitpold-Gymnasium waren, sondern ganze Massen von ihnen, erfuhr der Zeuge Bauernfeind. Ein Rotgardist versetzte nach dem Mord der Gräfin Westarp der Leiche noch einen Fußtritt in den Unterleib und spie ihr ins Gesicht. Im einzelnen stellte der Staatsanwalt die Beteiligung der Beschuldigten wie folgt dar: Der Angeklagte Schickelhofer sei als Oberzugführer der Rotgardisten im Luitpold-Gymnasium einer der rohesten und blutdürstigsten Täter gewesen. Er ist im Gymnasium von Zimmer zu Zimmer gegangen und hat die Leute gerufen, die Geiseln zu erschießen. Den Angeklagten Siebel beschuldigt der Staatsanwalt, daß er einer der Schützen war, welche die beiden Husaren erschossen. Der Staatsanwalt bezeichnet Schickelhofer als Mittäter an diesen zehn Morden für überführt. Seidl stand während des Mordes selbst am Fenster und schaute der Hinrichtung zu. Die Geiseln wurden einzeln erschossen. Als Fürst Thurn und Taxis an die Reihe kam, verlangte er ein nochmaliges Verhör, weil er ein harmloser und einfacher Mann und nicht etwa der reiche Fürst Taxis sei. Die Rotgardisten führten ihn noch einmal in Seidls Empfangszimmer hinauf. Dort aber fand der Fürst keine Gnade.

Die Staatsanwalt stimmt daher gegen Seidl und Schickelhofer auf je zehn Verbrechen des Mordes, gegen Petermeier, Pürzer und Kick auf je acht Verbrechen der Beihilfe zum Mord und gegen alle übrigen Angeklagten auf je acht Verbrechen des Mordes.

Darauf begann die Vernehmung des Hauptangeklagten Seidl, die von dem Vorsitzenden mit Ironie und bayerischem Humor geleitet wurde, angesichts des arroganten und selbstgefälligen Auftretens Seidls, der sich anscheinend nur schwer daran gewöhnen kann, nicht mehr der allmächtige Stadtkommandant von München, sondern ein des zehnfachen Mordes Beschuldigter zu sein. Die Vernehmung ist in den späten Abendstunden noch nicht beendet.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

30] Roman von Artur Brausewetter.

Die Geschworenen sind ausgelost, die Zeugen aufgerufen, die Sachverständigen haben neben den Sitzen der Verteidiger Platz genommen.

Mit ernster, jedes Wort erwägender Stimme beginnt der Vorsitzende die Ermahnung der Zeugen.

„Wir stehen vor einem sehr ernsten Prozeß, vor einem Fall, so schwierig, wie er den Gerichtshof selten beschäftigt hat — nicht leicht wird diesmal das Urteil zu finden sein. Große Erregung hat die ganze Einwohnerschaft von Seewald, unsere Vaterstadt, ja weit über ihre und der Provinzen Grenzen hinaus. Aufregung und Erregung aber sind die größten Feinde einer genauen Erinnerung. Gerade diejenigen, die am Ort der Tat anwesend waren, sind naturgemäß am meisten von dieser Erregung ergriffen und der Gefahr einer Täuschung leicht ausgesetzt. Es ist über den Fall überall gesprochen worden, er war das Tagesgespräch bis zu diesem Tag. Auch dadurch wird die Erinnerung getrübt. Man bildet sich vielleicht ein, selbst gehört und gesehen zu haben, was man erst durch andere erfahren hat und woraus man sich dann ein Urteil gebildet hat, das man möglicherweise geneigt ist für Selbsterfahrenes zu halten. Also Vorsicht! Vorsicht — aber nicht Zaghaftigkeit! Sie dürfen nicht ängstlich sein. Sie müssen alles sagen, was Sie wissen, auch das, was Ihnen vielleicht erst nachher, nach Ihrer ersten Vernehmung, eingefallen ist. Nichts ist unerheblich in diesem Fall. Sagen Sie alles, und das Gericht wird darüber entscheiden, was wichtig ist und was nicht. Nehmen Sie sich das, was ich gesagt habe, recht zu Herzen!" —

„Das war gut gesagt — sein war das gesagt! Er hat recht! Vorsicht! Das sollte sich nur der Staatsanwalt merken, na, er macht auch schon ein ganz bedenkliches Gesicht! Doch hört — was will er denn?"

Der Gerichtsschreiber hat sich erhoben und liest mit lauter Stimme: „Auf Antrag der Königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen die unverehelichte Annemarie Loose aus Bladau, zurzeit in Untersuchungshaft, welche dringend verdächtig ist, in der Nacht vom 7. zum 8. Juli in Seewald in der Pension Falke vorsätzlich den Freiherrn Alfred von Türck getötet und diese Tötung mit Ueberlegung ausgeführt zu haben, indem sie ihm, während er schlief, das Herz durchbohrte, das Hauptverfahren vor dem Königlichen Schwurgericht zu Kronburg eröffnet."

Die Angeklagte hat mit keiner Miene gezuckt, der Vorsitzende wendet sich zu ihr:

„Sie hören, wessen Sie angeklagt sind. Die Herren, die Sie hier vor sich sehen, sind dazu berufen, über Sie zu richten. Es ist Ihre Sache, hier alles anzuführen, was zu Ihrer Entlastung dient und alle Tatsachen vorzubringen, die zu Ihren Gunsten sprechen. Bekennen Sie sich schuldig?"

„Nein."

„Wollen Sie sich erklären und sich über die Tat aussprechen?"

„Ja."

Und jetzt gibt sie eine kurze Darstellung der Vorgänge in der Nacht vom 7. zum 8. Juli, — wie die gnädige Frau mit ihrem Herrn Bräutigam zur Reunion ins Kurhaus gegangen sei und sie ihr noch bei der Toilette geholfen habe — wie sie dann den Alfred um zehn Uhr zu Bett gebracht und bald darauf ihr eigenes Lager aufgesucht habe.

Es sei an dem Tage sehr heiß gewesen, und da habe sie die Tür, die zum Korridor führte, geöffnet, um frische Luft in das Zimmer zu lassen. Da aber Alfred offenstehende Türen nicht leiden konnte, so habe sie die Tür nur halb geöffnet, so daß er von seinem Lager aus die Tür nicht durch die Oeffnung sehen konnte.

Wie lange sie geschlafen habe, vermöge sie nicht anzugeben — sie wisse jetzt überhaupt nicht mehr viel zu sagen — nur daß sie plötzlich durch einen Schlag auf den Kopf aufgeweckt, und daß es ihr gewesen sei, als ob etwas vor ihrem Bett stehe und sich mit offenartiger Geschwindigkeit entferne.

Sie habe nun schnell Licht gemacht und gesehen, daß Alfred blutend in seinem Bett lag — jetzt habe sie erst gemerkt, daß sie selber verwundet sei.

Nun sei auch die Freifrau nach Hause gekommen, die habe sich laut weinend über das Bett geworfen und gerufen: „Was ist mit meinem Sohn passiert — wer hat mir das angetan?"

Inzwischen sei es lebendig im Hause geworden, auch Frau Lorenz, die Wirtin, sei gekommen. Sie selber aber sei zum Arzt gegangen — der habe sofort ihre Wunden verbunden und genäht. Sie habe ihn gefragt, ob das Schnittwunden seien, und er habe das bejaht. Dann sei er mit ihr in das Pensionat gekommen und habe den Tod des armen Alfred festgestellt. Bald darauf sei eine Frau erschienen, die habe das Bett abgenommen und die Stube aufgewischt — von ihr sei dieser Vorschlag nicht ausgegangen.

Sie hatte das alles fließend und ohne wesentliche Unterbrechung erzählt — nur einige Male hatte sie gestockt, gleich als müsse sie ihr Gedächtnis erst zu Hilfe rufen. Der Ausdruck ihres Gesichts ist dabei so ruhig wie ihre Worte. Ihre dunklen Augen unter den dicht gezeichneten Brauen sehen niemals aufwärts, sie bleiben beharrlich auf einen Punkt geheftet und geben der ganzen Erscheinung etwas Starres, Statuenartiges — nur der markante Zug um ihre reifen Lippen tritt deutlicher hervor, und dem Staatsanwalt ist, als lese er aus diesem Antlitz mehr denn je jene schwärmerische Verwegenheit, die ihm gleich aufgefallen war, als er sie zum erstenmal gesehen — aber er machte diese Beobachtung allein, keinem andern fällt ähnliches auf.

„Werden Sie uns nun die Fragen beantworten, die wir Ihnen stellen werden?" fragt der Vorsitzende. „Sie haben uns gesagt, Sie wissen nicht, wie die Tat geschehen sei — haben Sie vielleicht auf jemand Verdacht.

„Nein."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909031-15/fragment/page=0002

Ebert und Noske in Badehosen

Der „Vorwärts" veröffentlicht folgenden
jenen Brief an die „Berliner Illustrierte
eitung".
„In der letzten Nummer bringen Sie auf dem Titelblatt
rer Zeitschrift unter der Ueberschrift: „Ebert und Noske
der Sommerfrische" ein den Reichspräsidenten und den
eichsminister im Badekostüm lächerlich machendes Bild.
Sie scheinen bei der Veröffentlichung dieses Bildes kein Bewußt-
n davon gehabt zu haben, wie absolut würdelos und unpassend
derartige Reproduktion ist und wie sehr Sie unserem An-
en im In- wie im Auslande damit schaden.
Ein Volk, das etwas auf sich hält, würde niemals die
ersten Repräsentanten der Staatsgewalt in einer derartigen,
ich glaube, rein fiktiven Haltung und Situation abbilden.
nen Sie das nicht wissen und dafür kein Verständnis haben,
können Sie sich vielleicht einmal überlegen, ob Sie nach den
ihnen üblichen Anschauungen von Wohlanständigkeit im
entlichen Leben den Reichspräsidenten nicht das nächste Mal
ch noch in anderen Situationen Ihren Abonnenten vorsetzen.
Prinzip kommt das auf ganz dasselbe hinaus.
Es ist eine geradezu schmähliche Darstel-
ung, über die jeder entrüstet sein muß, der sich etwas von
einen Gefühlen bewahrt hat, die jeder Staat, der bestehen will,
seinen Bürgern voraussetzen muß. Wenn etwas beweist, wie
olut notwendig die Sozialisierung der Presse ist,
ist es diese Nummer der „Illustrierten Zeitung". Ich hoffe,
gegen. ein derartiges verletzendes und nur von gewissen
ten belachtes Bild noch von anderer Stelle eingeschritten
den wird und daß dem Redakteur, der sich erlaubt, die
entlichkeit in dieser Weise herauszufordern, in Zukunft keine
lgenheit mehr gegeben wird, die von dem Volke selbst ge-
lten Vertreter der Republik weiter in dieser Form zu belei-
en.
Dr. Oscar Stillich,
Dozent an der Humboldt-Hochschule,
und 32 Mitunterzeichner.

Der Verfasser des Offenen Briefes wendet sich an die
sche Adresse. Er hätte seine Entrüstung nicht gegen die
tschrift, sondern gegen Ebert und Noske richten
llen, die es für geschmack- und taktvoll genug hielten, sich
derartiger Stellung und in Badehosen photographieren
lassen. Zudem noch in einem Badeorte, wo es ver-
ten ist nur in Badehosen zu baden, wo vielmehr das
Badekostüm vorgeschrieben ist. Auch was der
erfasser von Würdelosigkeit usw. sagt, kann sich nur auf
beiden regierenden Genossen beziehen. Wer hat wohl
einen Hohenzoller, einen Minister, oder auch nur einen
ndrat des alten Regimes in derartiger Verfassung
gen?

Offener Schleichhandel der Sozialdemokratie

Erbauliche Zustände

rschien augenblicklich im Ruhrkohlen-Revier in der Ver-
gung der Landwirtschaft mit Kohle. Diejenigen
andwirte, die Kohlen zu erhalten wün-
en, müssen vorher bei der Zechenverwal-
ung für je einen Zentner Kohle ein Ei
der eine entsprechende Menge Butter ab-
efern. Tun sie das nicht, so bekommen sie keine
hlen, es sei denn, daß sie für das Ei eine Mark und für
Pfund Butter eine Bürgschaft von 10 Mark hinter-
gen! Dieses Geld erhalten sie erst zurück, wenn sie die
fehlenden Eier und die fehlende Butter geliefert haben.
en Behörden ist das alles bekannt, aber
schreiten nicht ein, angeblich weil sie machtlos
d.
Diese Zustände geben ein wahrheitsgetreues Bild der
euchelei, die das Kennzeichen unserer
zialdemokratie ist. In Volksversammlungen
d in der Presse wird gegen die angeblich Schleich-
andel treibenden Bauern und gegen die Behörden, die
gegen nicht einschreiten, geweitert. Es werden sogar
mmissionen aufs Land geschickt, die in erster Linie die
lich- und Fetterzeugung kontrollieren sollen, und diesen
mmissionen wird sogar militärischer Schutz zur Ver-
ung gestellt. In Wirklichkeit aber ist es gerade die
ialdemokratie, und insbesondere die Herren Berg-
beiter, die sich auf verbotenen Wegen Lebensmittel ver-
ffen. Was für ein Geschrei würde entstehen, wenn etwa
Landwirte die Lieferung von Brotgetreide von der vor-
gen Lieferung von Kohlen abhängig machen wollten!

Die Millionenbuße für Mannheim

Deutschland hat, wie der „Lokalanzeiger" meldet, in Aus-
führung der von Frankreich für die Ermordung des Sergeanten
Mannheim geforderten Sühne nicht nur die 100 000 Mark für die
Familie des Getöteten bezahlt, sondern auch die fernerhin aus
der Stadt Berlin verlangte 1 Million in Gold bereits
die französische Regierung abgeliefert. Die französische Re-
rung hat dann ihrerseits beschlossen, das Geld dem Inter-
nationalen Roten Kreuz zur Verteilung an verschiedene Gesell-
haften zu bestimmen, die sich mit der Hilfe für Verwundete be-
ssen.
Von amtlicher Seite wird nunmehr diese Meldung vollauf
estätigt, und zwar mit einer interessanten Einzelheit: Die eine
illion Mark in Gold sind der Regierung von privater
Seite angeboten worden. Die Regierung hat sie ange-
nommen und in der Tat also doch an die französische Regierung
abgeführt. Sie hat dabei betont, daß sie grundsätzlich auf den
Standpunkt stehe, daß diese Sühne der Stadt Berlin keines-
wegs begründet sei.
Die deutsche Regierung scheint sich um des lieben Friedens
willen zu diesem Schritt haben verleiten lassen. Sachlich wird
man wohl überall die Haltung der Regierung nicht
billigen können. Gerade weil die Forderung nach
dieser Auffassung so völlig unbegründet ist, durfte die
deutsche Regierung ihren Rechtsstandpunkt nicht verlassen. Sie
hat sich durch die Ablieferung des verlangten Goldes selbst ge-
richtet.

Der österreichische Friedensvertrag

Haag, 2. September.

Aus Paris wird gemeldet: Der Wortlaut des österreichischen
Friedensvertrages wird in finanzieller und wirtschaftlicher Hin-
sicht etwas gemildert werden. In finanzieller Hin-
sicht ist eine Regelung der vor Kriegsausbruch entstandenen
Staatsschulden in der Weise vorgesehen, daß Oesterreich für diese
allein verantwortlich bleibt. In wirtschaftlicher Hin-
sicht hat der Rath Oesterreichs triftigen Rechnung getragen, daß
die Tschecho-Slowakei und Polen, an die Deutsch-Oesterreich
seine Steinkohlenreviere verliert, gebeten werden sollen, Oester-
reich im Austausch gegen Rohmaterialien mit Steinkohlen zu
versorgen.

Dem Friedensvertrag wurde noch ein neuer Paragraph beig-
efügt, in dem erklärt wird, daß die Unabhängigkeit
Deutsch-Oesterreichs unverletzbar sei und nicht ge-
schädigt werden dürfe, es sei denn, daß der Völkerbund besondere
Maßnahmen verfüge. Oesterreich wird verpflichtet, nichts zu
unternehmen, was seine Unabhängigkeit gefährden könne. Zu
solchen Handlungen braucht es die Einwilligung des
Völkerbundes. Weiter wird erklärt, daß für den Fall, daß
zwischen Oesterreich und den neugebildeten Nachbarstaaten ein
Interessenstreit entstehen sollte, der Gegenstand des Konfliktes
den alliierten und assoziierten Großmächten zur Entscheidung
unterbreitet werden müsse. Diese Entscheidungen gelten bis zur
Aufnahme Deutsch-Oesterreichs in den Völkerbund.

Heute wird das Friedensabkommen ohne Feierlichkeit durch
den Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Staatskanzler
Dr. Renner in St. Germain überreicht werden. Mittwoch
früh wird das Dokument veröffentlicht. Die Unterschrift wird
für den 7. September erwartet.

Gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs

Eine Note nach Berlin.

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste alliierte Rat bereitet
eine Note an die deutsche Regierung vor, in der um Streichung
des Artikels 61 der neuen Reichsverfassung (vorgesehener Anschluß Deutsch-Oesterreich an das
Deutsche Reich) ersucht werden soll.

Die Krise in Ungarn

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Budapest, 2. September.

Der Versuch Heinrichs, ein vollständiges Kabinett zu
bilden, ist wegen der unmäßigen Forderungen der Lowaszi-
ziszenpartei gescheitert. Der Ministerpräsident Friedrich erklärt, die politische Lage in Ungarn sei soweit geklärt,
daß das Ergebnis der Wahlen mit Ruhe erwartet werden
könne.

Aus Budapest wird folgende Kundgebung gemeldet:

„Vertreter sämtlicher Beamten und Angestellten aller
ungarischen Ministerien, Gerichte, Staatsanwaltschaften,
staatlichen Betriebe und anderer Behörden haben in einer
großen Kundgebung den Vertretern der Ententemächte in
Budapest mitgeteilt, daß sie die von der bisherigen Regierung
vertretene christliche Richtung rückhaltlos billigen und daß diese
Richtung auch der Meinung der überwiegenden Mehrheit der
Bevölkerung entspricht. Die Beamten nahmen gegen die im
Auslande vor sich gehende Preßkampagne gegen die Regierung
Friedrich einmütig Stellung."

Aufstand in Albanien

Eigene Drahtmeldung der „H. Z."

Wien, 2. September.

Aus Podgoriza wird gemeldet: Aus Durazzo treffen
Meldungen ein, daß die Stämme Klementi, Kastrati und Hoti
in Albanien sich gegen die italienischen Truppen erhoben
hätten. Massakres von Italienern werden gemeldet. Die Italiener ziehen sich auf Durazzo und Valona zurück.

Graf von der Golz

Mitau, 2. September.

Bei einer Parade der Eisernen Division erklärte General
Graf von der Golz in einer Ansprache, alle wüßten, daß
er die Weigerung der Truppen, abzufahren, mißbilligte. Er
könne sich nicht an die Spitze einer Bewegung stellen, die gegen
seinen Befehl gehe. Seine Pflicht sei es, auf die Schwierigkeiten
einer Ansiedlung im Baltikum aufmerksam zu machen. Er hoffe
aber, daß England und Deutschland die Notwendigkeit des Verbleibens der Truppen einsehen würden;
sonst müsse gehorcht werden. Die Welt müsse von der Güte der
Truppen überzeugt werden. Wenn alle das Vaterland liebten,
werde die neue deutsche Republik aufblühen. Mit
diesem Ziel vor Augen hätten die Truppen jedem Befehl zu
folgen.

Die Rede des Senators Knox

Frankfurt a. M., 2. September.

Wie aus Newyork gemeldet wird, wächst die Verwirrung in
der republikanischen Partei durch die Rede des Senators
Knox. Die Gemäßigten, die an eine Annäherung an die
Gruppe des Senators Lodge geglaubt hatten, erklären
nun, daß sie die Haltung ihres Kollegen nicht begreifen könnten,
der nun eine glatte Ablehnung des Vertrages verlange, während
vorher nur von verbessernden Vorbehalten gesprochen worden sei.
Der republikanische Senator Nelson ist der Vorkämpfer
der Gemäßigten. Er sagt auf eine Anfrage des Senators
Knox, die Ablehnung des Friedensvertrages könne einer unbi-
rekten Aufforderung an Deutschland gleichkommen,
Frankreich anzugreifen. Falls der Vertrag zurückge-
wiesen werde, setzt die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten
am Völkerbund Frankreich einem Angriff seitens Deutschlands
aus. Knox gibt dem Senat den Rat, einer Entschließung zuzu-
stimmen, die die Rückkehr des Friedenszustandes bekannt gibt.
Zwischen den Republikanern Knox, Lodge und Borah bestehen
Meinungsverschiedenheiten. Lodge ist mit wenig Aussicht auf
Erfolg bestrebt, eine Verständigung herbeizuführen.

Die Amerikaner gegen Dr. Dorten

Koblenz, 2. September.

Dr. Dorten aus Wiesbaden war hier auf Ersuchen der
amerikanischen Behörde für bürgerliche Angelegenheiten an-
wesend. Es wurde ihm eröffnet, daß ihm keinerlei ungesetzliche
Betätigkeit in dem von den Amerikanern be-
setzten Gebiet gestattet sei. Die Frage einer etwaigen
neuen Regierungsform im Rheinlande sei einzig und allein
Sache der Friedenskommission. Wie die „Kölnische Zeitung"
meldet, erging an Dr. Dorten das Verbot, amerikanisches
Besetzungsgebiet außer mit ausdrücklicher Er-
laubnis der Militärbehörde zu betreten.

Belgien und Holland

Rotterdam, 2. September.

Der Amsterdamer Telegraph meldet aus Brüssel, daß Belgien
nach einer halbamtlichen Mitteilung vorschlagen wird, die
schwebende Differenz zwischen Belgien und Holland bezüglich
der belgischen Ansprüche auf Südlimburg dadurch zu lösen, daß
ein wirtschaftliches Abkommen geschlossen wird, wo-
durch die Zollschranke aufgehoben werde. Belgien werde sich
auch bereit erklären, wenn ihm dafür eine angemessene Kompen-
sation geboten wird, die Maas zu kanalisieren.

Halle und Umgebung

Halle, 3 September.

Treukundgebungen des Deutschnationalen Volksvereins

Der Deutschnationale Volksverein Halle un
Saalkreis sandte anläßlich seiner Gedenkfeier an die Siege
von Tannenberg und Sedan Telegramme an den Kaiser,
an die Kronprinzessin, an Hindenburg und an
Ludendorff folgenden Wortlauts:

An S. M. den Kaiser

„Mehr als 1000 deutsche Männer und Frauen aus Halle,
zur Sedan-Tannenbergfeier versammelt, gedenken in Liebe und
Verehrung des einzigen Kriegsherrn."

*

An die Kronprinzessin

„Graf Luckner erzählte uns von den Heldenfahrten des
„Seeadlers". Der Protektorin des „Seeadlers" senden wir treu-
deutsche Grüße."

*

An Hindenburg

„Mehr als 1000 deutsche Männer und Frauen aus Halle,
zur Sedan-Tannenbergfeier versammelt, gedenken in Treue des
Helden von Tannenberg, des unvergleichlichen Führers in guter
und böser Zeit."

*

An Ludendorff

„Die Teilnehmer der Sedan-Tannenbergfeier aus Halle ge-
denken des genialen Feldherrn, der als treuer Mitarbeiter Hin-
denburgs die deutschen Truppen zum Siege führte."

Unabhängiger Terror

Ueber eine Betriebsversammlung der Angestellten der Saalkreisverwaltung — Landratsamt und Kreissparkasse — wird uns geschrieben:

Vom Angestelltenausschuß der Saalkreisverwaltung — Landratsamt und Kreissparkasse — wurde zum 26. August abends 6 Uhr eine Betriebsversammlung einberufen. In der Einladung wurde ausgeführt, daß man zur Erzielung geregelter und menschenwürdiger Arbeitsverhältnisse einen Tarifvertrag mit dem Kreisausschuß abschließen wolle und daß der Angestelltenausschuß beschlossen habe, die betreffenden Verhandlungen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen zu übertragen; es sei deshalb moralische Pflicht aller Angestellten, diesen Verband in seiner Arbeit durch die Beitrittserklärung eines jeden Angestellten zu unterstützen. Ich habe mich darauf sofort mit dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Geschäftsstelle Halle a. d. S., in Verbindung gesetzt und dessen beiliegendes Flugblatt jedem unserer Angestellten zugänglich gemacht. Auf Veranlassung des D.-H.-V. erschien in der vorerwähnten Versammlung ein Vertreter des D. H.-V., sowie zwei Vertreterinnen des Verbandes weiblicher Handels- und Büro-Angestellter, sie wurden jedoch nicht zugelassen mit der Begründung, es sei keine genügende Zeit vorhanden, mehrere Redner zu hören. Hiergegen erhob ich Einspruch und stellte den Antrag, auch die Vertreter bürgerlicher Verbände zur Sache zu hören, was jedoch abgelehnt wurde. Der Redner des Zentralverbandes, Stehr, hetzte hierauf in der üblichen Weise gegen alle bürgerlichen Einrichtungen; er führte ungefähr aus: Die Angestellten müßten sich mit den Arbeitern solidarisch erklären und auch ihrerseits dem Kampf gegen das Unternehmertum, gegen die Kapitalisten aufnehmen. Die Angestellten hätten ebenso wie die Arbeiter nicht die mindesten gemeinsamen Interessen mit den Unternehmern, sie sollten sich auch nicht den bürgerlichen Verbänden anschließen, denn diese seien nur Schutztruppen des Unternehmertums und suchten ihre Mitglieder mit sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, wie Stellenlosenkassen und dergleichen, zu fangen, während der Zentralverband als reine Kampforganisation dergleichen Mätzchen nicht nötig habe.

Ich habe sodann nach Beendigung des Stehrschen Vortrages die Angestellten gewarnt und ihnen geraten, sich nicht blindlings in eine Bewegung einfangen zu lassen, die nicht einmandfrei sei. Ich wies auf die zerrütteten Verhältnisse hin, die wir heute als „Errungenschaften der Revolution" bewundern müssen und bezeichnete das Vorgehen des Ausschusses als Mitgliederfang für die U. S. P. D. Zum Schlusse wiederholte ich meinen Antrag, die Vertreter der bürgerlichen Verbände noch zu hören, mein Antrag wurde jedoch abermals abgelehnt.

Sodann wurde nochmals zum Beitritt aufgefordert und Stehr erklärte sich bereit, mit der Entgegennahme der Beitrittserklärungen noch einen oder zwei Tage zu warten, wenn — vielleicht einige Angestellte nicht soviel Geld bei sich hätten, um den Beitrag gleich zu zahlen.

Ich hörte nun heute im Büro, daß man dem Angestelltenausschuß von seiten des Kreisausschusses, dessen Mitglieder ja zu vier Teilen der U. S. P. D. angehören, gesagt habe: Schließt euch dem Zentralverband an, dann kriegt ihr was, sonst nicht.

Meine Auffassung war schon von Anfang an, daß hinter der Bewegung der bekannte Arbeiter(ver)führer Driebusch in Schönnewitz steckt. Der Obmann des Angestelltenausschusses, Sparkassengehilfe Scheibe, wohnt in Burg bei Reideburg, und stand gleich im Anfang mit Driebusch in Verbindung; die zwei anderen Mitglieder des Ausschusses sind der Sparkassengehilfe Ulrich, Sohn des Gemeindevorstehers Ulrich in Wörmlitz und Martha Schoß, Tochter des Postschaffners Schoß in der Forsterstraße 33. Ulrich machte an einer Stelle meiner Gegenausführungen den Zwischenruf: „Und die Großagrarier?"

Ferner hat gestern der Angestelltenausschuß beschlossen, jedem eine Frist zu setzen, bis wann er sich dem Zentralverband anschließen müsse; wer nicht beitrete, solle von den Vergünstigungen des Tarifvertrages ausgeschlossen sein.

Meiner Ansicht nach sind die Beschlüsse des Ausschusses ungiltig, denn sie sind in Sitzungen gefaßt, die entgegen den gesetzlichen Bestimmungen nicht vom Betriebsunternehmer einberufen und geleitet wurden; ich werde auch gegen den Angestelltenausschuß Beschwerde führen.

Ich möchte dann noch erwähnen, daß der vorerwähnte Ulrich Beleidigungen gegen mich ausstieß, um mich und meine Ausführungen verächtlich und lächerlich zu machen. e—

Freier Handel für Seife und Schuhe

Nachdem es in den letzten Monaten möglich gewesen ist, der Seifenindustrie aus dem Auslande wieder größere Mengen von Rohstoffen zuzuführen, hat sich die Regierung entschlossen, den Markenzwang für sämtliche Seifen zu beseitigen. Es wird also demzufolge möglich sein, die im nächsten Monat in den Handel kommenden reinen Fettseifen (Feinseife, Noisetseife und Kernseife) ebenso wie die K.-A.-Seife ohne Abgabe von Seifenmarken zu beziehen. Die Aufhebung des mit der Seifenrationierung verbundenen lästigen Zwanges wird zweifellos allerseits begrüßt werden.

Lediglich für K.-A.-Seifenpulver bleibt der Markenzwang vorläufig noch weiter bestehen. Die Aufhebung der Rationierung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909031-15/fragment/page=0003

das Seifenpulvers ist leider bisher noch nicht möglich, da infolge der Kohlenmot die Lieferungen der Sodafabriken weit hinter dem erforderlichen Maß zurückbleiben und infolgedessen die Knappheit an Seifenpulver noch bis auf weiteres anhalten dürfte.

*

Nach der Aufhebung der Bekanntmachungen über Beschlagnahme und Höchstpreise von Häuten und Leder unter dem 15. August werden in diesen Tagen auch diejenigen Verordnungen aufgehoben werden, die die Herstellung und den Absatz des Schuhwerks, die Nachprüfung der Schuhwarenpreise usw. regeln. Auch die Gutachterkommission für Schuhwarenpreise wird ihre Tätigkeit einstellen. Der Ueberwachungsausschuß und die Schuhwaren-Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften, sowie der Hauptverteilungsausschuß für Schuhhandel und die Schuhhandelsgesellschaften treten in Liquidation. Die Zwangsregelung, denen die Herstellung von Schuhwerk sowie der Handel mit Schuhwaren unterlagen, fallen in Zukunft aus. Bestehen bleibt dagegen, ebenso wie die Reichsstelle, die Reichsstelle für Schuhversorgung. Das Tätigkeitsgebiet dieser Stellen wird naturgemäß sehr eingeschränkt werden. Die Hauptaufgabe der Reichsledersteile wird in der Erfassung der Konjunkturgewinne zur Verbilligung des Schuhwerks für die minderbemittelte Bevölkerung bestehen, während die Reichsstelle für Schuhversorgung die Verteilung dieses Schuhwerks zu bewirken hat und auch sonst nach Weisung des Reichswirtschaftsministers für die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Schuhwerk Sorge tragen wird. Bestehen bleiben trotz der Aufhebung der Vorschriften über Preisbeschränkungen bei Schuhwaren und Schuhausbesserungen die allgemeinen Bestimmungen über Preistreiberei. Die Bewucherung des Publikums auf dem Gebiete der Schuhversorgung bleibt daher nach wie vor strafbar.

Wohnungsfürsorge für die Flüchtlinge

Uns wird geschrieben: Die aus den östlichen Provinzen und aus Elsaß-Lothringen, Pfalz und Rheinland vertriebenen Deutschen sind im Vaterlande sehr verschieden aufgenommen worden. Dies hat die Regierung bestimmt, die Angelegenheit einheitlicher zu regeln. Eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 28. Juli, die noch wenig bekannt zu sein scheint, bestimmt, daß die Gemeinden Deutschen, die unter den Einwirkungen des Krieges aus dem Auslande oder aus einer der Grenzmarken geflüchtet oder vertrieben worden sind, den Zuzug zu gestatten haben. Soweit es erforderlich ist, sind sie sogar verpflichtet, ihnen Wohnung zu beschaffen und Hauseigentümer und Mieter zu zwingen, ihnen entbehrliche Wohnräume zu überlassen. Diese Pflicht liegt dann vor, wenn die Vertriebenen von den zuständigen amtlichen oder amtlich beauftragten Fürsorgestellen zugewiesen werden oder mit Rücksicht auf am Orte wohnende nahe Verwandte oder aus dringenden Gründen der Berufstätigkeit zuziehen.

Es ist nach diesen Bestimmungen nicht mehr gestattet, Vertriebene hinter wohnungsuchenden Einheimischen zurückzusetzen; im Gegenteil ist geradezu anerkannt, daß der obdachlose Vertriebene vor dem Einheimischen zu berücksichtigen ist, der, wenn er eine Wohnung sucht, doch im Notfalle in seiner bisherigen Unterkunft noch eine Weile ausharren kann. Wir zweifeln nicht daran, daß sich Wohnungs- und Mieteinigungsamt unserer Stadt bei ihren Entscheidungen gern von den menschenfreundlichen, das schwere Schicksal unserer vertriebenen Mitbürger würdigenden Grundsätzen der Reichsregierung werden leiten lassen.

— **Hallesche Jugend!** Graf Luckner wird zu euch sprechen, kommt geschlossen heute um 2 Uhr in die „Thaliasäle".

— **Der Deutsche Offizierbund** beabsichtigt, nächstens zur Pflege der Geselligkeit und Tradition regelmäßige Zusammenkünfte seiner Mitglieder in einem Lokale zu veranstalten. Ort, Zeit und Tag werden später durch Inserate bekanntgegeben werden. Wir werden dann auch in diesem Teile noch darauf hinweisen. Ferner bittet die Ortsgruppe diejenigen ihrer Mitglieder, die bereit sind, zurückkehrenden kriegsgefangenen Offizieren und Offizieraspiranten vorläufige Unterkunft zu gewähren, um diesbezügliche Mitteilung an die Geschäftsstelle, Leipziger Straße 17.

— **Beamtenhochschulkurse.** Nachdem die Beamtenschaft durch zahlreiche Beteiligung an den im Sommerhalbjahr stattgefundenen Beamtenhochschulkursen ein äußerst reges Interesse an ihrer beruflichen Weiterbildung bekundet hat, sollen die Vorlesungen, welche bis jetzt nur kurze Einführungen in die betreffenden Wissensgebiete bringen konnten, nunmehr im Winterhalbjahr ihre Fortsetzung und entsprechende Erweiterung finden. Der Arbeitsausschuß hat deshalb bereits die Vorarbeiten hierzu wieder aufgenommen. Die Vorlesungen sollen etwa Mitte Oktober wieder beginnen. Die Mitwirkung einer Anzahl namhafter Dozenten ist gesichert. Die infolge außerordentlichen Kohlenmangels bestehenden erheblichen Schwierigkeiten, geeigete Räume zu beschaffen, werden voraussichtlich auch noch überwunden. Weitere Auskunft erteilen auf schriftliche Anfrage bereitwilligst der Obmann, Oberpostsekretär Lehmann, Cecilienstraße 95, und der 1. Schriftführer, Magistratsbeamter Golde, Schönitzstraße 15.

— **Vermächtnis.** Rentner H. Steckner-Halle a. S. hat dem Hauptverein des Evangelischen Bundes in dankenswerter Weise 6000 Mark zur freien Verfügung gestellt, die dem Verein bei der Lösung der diesen Aufgaben, welche derselbe anläßlich der Frage der Trennung von Kirche und Staat sowie auch sonst zu erfüllen hat, sehr zu statten kommen.

— **Franz von Vecsey.** Die in diesem Herbst früher denn je beginnende Konzertzeit bringt gleich einen der Größten nach Halle: Franz von Vecsey, der, wie die „Köln. Ztg." sagt, unter allen Violinisten dem großen Vorbild Joachim in seinen reifen Jahren am nächsten kommt. Das Konzert findet heute, Mittwoch, in den „Thaliasälen" abends um 8 Uhr statt. Karten bei Heinrich Hoffen.

— **Die Ernte** ist in der Umgebung im großen und ganzen, einige größere Güter ausgenommen, beendet.

Provinz Sachsen

Was den preußischen Beamten in einem Großthüringen droht

Vor einiger Zeit wurde in einem längeren Aufsatz näher dargelegt, daß die Geistlichen in den thüringischen Staaten schlechter dastehen als in Preußen. Heute wollen wir die Thüringer selbst über die Beamtenverhältnisse in Thüringen und Preußen reden lassen. In einem Artikel in der Dorfzeitung, ein Blatt, das keineswegs sich etwa als Großthüringen feindlich bislang gezeigt hat, wird u. a. hierüber folgendes ausgeführt: „Das bisher in den Thüringer Staaten herrschende Besoldungselend, das seine üppigsten Blüten heute noch im Staate Meiningen treibt (Teuerungszulagen), wo man ein Werk besonderer Staatskunst zu vollbringen meint, wenn man den Beamten den Brotkorb noch ein bischen höher hängt, als in den anderen thüringischen Staaten, dieses Besoldungselend erfüllt jeden preußischen Beamten geradezu mit einem Grauen vor dem Gedanken, in diese Misere mit hineingezogen zu werden und die Vorteile aufgeben zu sollen, die ihm die Zugehörigkeit zu einem großen, finanziell leistungsfähigen Staatswesen bisher bot.

Die preußischen Beamten können daher in ihrem ureigensten Interesse nur Gegner einer Abtretung von Preußen sein."

— **Beesen, 2. Sept.** (Was wollte Jesus?) Ueber diese Frage wird im 2. Volksbildungsabend am Donnerstag, abends um 8 Uhr, im Saale des „Deutschen Hauses" Pfarrer von Stein unter Vorführung von Lichtbildern sprechen.

Z. **Torgau, 2. Sept.** (Doppelmord.) Am Sonntag morgen wurden an der Kreuzung der Torgau-Langenreichenbacher Straße mit dem Wege von Melpitz nach Beckwitz die Leichen der 47jährigen Witwe Wilhelmine Kirchhöfer aus Beckwitz und deren 23jährigen Tochter Minna aufgefunden. Beide Leichen wiesen neben leichten Verwundungen Kopfschüsse auf. Vermutlich liegt Raubmord vor. Ueber die Mordtat herrscht bisher Dunkel.

— **Jena, 2. Sept.** (Ein thüringisches Kohlenamt.) Der Vertreter der Industrie und der Kohlenstelle in Kassel führte Beratungen über die Einrichtung eines thüringischen Kohlenamtes.

— **Jena, 2. Sept.** (Vereinigung der unteren Hochschulbeamten.) In Jena tagten die unteren Beamten der deutschen Universitäten und Hochschulen, die sich zu einer Vereinigung der unteren Beamten und Beamtenanwärter der deutschen Universitäten und Hochschulen mit dem Sitz in Göttingen vereinigten. Der Zweck des Verbandes ist die Klärung der Lage der unteren Beamten.

Z. **Mühlhausen, 2. Sept.** (Der Kreistag des Landkreises Mühlhausen) hielt vorgestern unter Vorsitz des Geh. Reg.- und Landrats Dr. Klemm eine Sitzung ab. Hervorzuheben ist ein Antrag des Kreistagsabgeordneten Hundesbagen-Büttstedt auf Einsetzung einer sozialen, wirtschaftlichen und Verkehrskommission, die sich mit der Förderung des Handwerkerstandes und der Gewerbetreibenden, der Arbeitsbeschaffung, der Wohnungsfürsorge, Schaffung eines Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes und einer Rechtsauskunftsstelle, Einführung von Fortbildungsschulen, der Prüfung der Kreisernährungsversorgung befassen sollte. Auf Antrag des Vorsitzenden, der darauf hinwies, daß alle diese Aufgaben dem gesetzlichen Organ, dem Kreisausschuß ja bereits obliegen, wurde der Antrag dahin umgeändert, daß dem Landrat ein neu zu wählender sog. Ernährungsbeirat beigegeben werde, der sich die gesamte Kreisversorgung angelegen sein lasse. Der Vorschlag fand Annahme und verdichtete sich sofort zur Wahl dieser Ernährungskommission.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Industrie, Handel, Handwerk

* **Neues Braunkohlensyndikat in Mitteldeutschland.** Bekanntlich sind die links der Elbe gelegenen mitteldeutschen Braunkohlenwerke gehalten, ebenfalls sich zu einem Syndikat zusammenzuschließen. Die Vorarbeiten sind in vollem Gange, so daß man hoffen kann, daß das Syndikat innerhalb der festgesetzten Frist zum Abschluß kommen wird. Der sächsischen Regierung ist es gelungen zu erreichen, daß der Sitz des neuen mitteldeutschen Syndikats wieder nach Leipzig kommt, so daß diese Frage gelöst ist. Offen ist noch die Frage der Geschäftsführung. In den maßgebenden Kreisen befindet sich eine Strömung, die den ausschlaggebenden Einfluß in der Geschäftsführung in die Hände eines Verwaltungsbeamten legen will, da zunächst eine Verkaufstätigkeit für das Syndikat nicht in Frage komme. Der größte Teil der alten Syndikatsmitglieder möchte sich aber der Tätigkeit des früheren ersten Geschäftsführers sichern, der den Standpunkt vertritt, der Kaufmann müsse die Führung in der Geschäftsleitung haben. Anfang September finden wieder Sitzungen des Satzungsausschusses statt. Dabei dürfte denn auch die Geschäftsführerfrage endgültig Lösung erfahren.

* **Riebeck Meuselwitz Kohlenbraudesgesellschaft Leipzig.** Wie wir erfahren, hat diese Gesellschaft eine wesentliche Erweiterung dadurch erfahren, daß der Braunkohlenschwelerei zum Fortschritt dieser Verkaufsgesellschaft als Mitglied beigetreten ist. Da die Meuselwitzer Grube, Preußlitz und Bruderzorbe ihre Erzeugnisse ebenfalls durch die Riebeck-Meuselwitzer Gesellschaft vertreiben lassen, so verfügt diese Gesellschaft über anerkannt beste Pro-

Automobilfabrik H. Büssing in Braunschweig. In der angelegenheit der Schließung ist jetzt von dem staatlichen Schlichtungsausschuß der Schiedsspruch gefällt. Danach soll die Firma Büssing solange berechtigt sein, den Betrieb stillzulegen, wie die Rentabilität des Unternehmens durch die Verweigerung einer zeitgemäßen Akkordarbeit gefährdet ist. Sobald die Arbeiterschaft sich zur Einführung der Akkordarbeit bereit erklärt, soll die Firma Büssing grundsätzlich die gesamte Belegschaft wieder einstellen. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Soweit Verstöße gegen § 123 der Gewerbeordnung vorgekommen sind, entscheidet das Gewerbegericht über die Wiedereinstellung der betreffenden Arbeiter. Ueber die Art des Akkords — ob Gruppenakkord, oder Einzelakkord, oder Pensumsystem — sollen Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien gepflogen werden. Der Vertreter der Arbeiter erklärte, daß die Arbeiter mit dem Schiedsspruch nicht zufrieden sein könnten, weil dabei nicht die Frage geregelt sei, ob sie für die Zeit seit Schließung der Fabrik Bezahlung erhalten oder nicht.

Die Verkehrslage im Ruhrrevier. Die günstige Wirkung der durch die Eisenbahnverwaltung am 22. August über den Ruhrbezirk verhängten allgemeinen Gütersperre machte sich erst in der vergangenen Woche voll bemerkbar. Die Wagengestellung ging arbeitstäglich auf rund 18 200 Wagen (15 900 in der Vorwoche) in die Höhe, die Fehlziffer unter 2000 Wagen (6500) herunter, so daß stellenweise wieder mit einem Abtransport vom Lager begonnen werden konnte. Auch gegen Wochenschluß war die Gestellungsziffer noch verhältnismäßig günstig. Auf Grund dieser Lage erfuhr der Kohlen- und Koksumschlag in Duisburg und den Ruhrorter Häfen eine Steigerung von 13 500 auf rund 22 000 Tonnen arbeitstäglich.

Gesellschafts-Abschlüsse

Hallische Aktien-Malzfabrik Reinicke & Comp. in Halle. Der Aufsichtsrat schlägt 8 Prozent Dividende gegen 9 Prozent im Vorjahr vor.

Zeitzer Eisengießerei und Maschinenbau-A.-G. Für das Geschäftsjahr 1918/19 wird einschließlich überschüssiger Kriegsgewinnsteuer ein Fabrikationsgewinn von 2 394 892 Mk. ausgewiesen (gegen 2 105 944 Mk. abzüglich Kriegssteuerrücklage im Vorjahre). An Zinsen wurden 96 574 (61 520) Mk. vereinnahmt, so daß sich die Gesamteinnahme zusätzlich 375 609 (376 245) Mk. Vortrag auf 2 867 076 (2 540 08) Mk. beziffern. Nach Absetzung der Handlungsunkosten, Steuern und Kriegsunterstützungen mit 899 762 (713 995) Mk. Kursverlusten an Wertpapieren mit 154 865 (i. V. 0), sowie nach Abschreibungen in Höhe von 343 000 (375 803) Mk. steht ein Reingewinn von 1 469 399 (1 457 211) Mk. zur Verfügung, der folgende Verwendung finden soll: 456 000 Mk. als 25 (30) Prozent Dividende, 273 000 Mk. als 15 (10) Prozent Bonus, 255 208 (292 002) Mk. für Tantiemen usw., 150 000 (100 000) Mk. zu Gratifikationen an Beamte und Arbeiter, 334 592 Mk. Neuvortrag. Dem Geschäftsbericht zufolge waren bis zum Eintritt der Revolution die Betriebe gut beschäftigt, und es hielt auch der Eingang neuer Arbeit nichts zu wünschen übrig. Die Folgen des Umsturzes, andauernde Arbeiterausstände mit ihren Begleiterscheinungen, die ständig steigenden Löhne und Materialpreise und die ungeklärten Aussichten über die Zukunft der deutschen Industrie lähmten die Unternehmungslust auch der von der Gesellschaft belieferten Kohlenwerke, so daß große Bestellungen in den letzten Monaten des Berichtsjahres nicht zu erlangen waren. Die starke Nachfrage nach den Erzeugnissen der Braunkohlenindustrie gibt dieser indessen Anlassung, an die Erweiterung bestehender Anlage bezw. die Errichtung neuer Werke schon jetzt heranzugehen. Demgemäß sind dem Unternehmen in der letzten Zeit mehrere größere Aufträge überschrieben worden. Die Aussichten sind hiernach zurzeit nicht ungünstig und lassen eine gute Beschäftigung der Werkstätten erhoffen, zumal die Braunkohlenindustrie — die Kohlenabnehmerin — zur Behebung der empfindlichen Kohlennot vielfältige Aufgaben zu erfüllen hat. Die Umstellung der Werkstätten für reine Friedensarbeit ist vollzogen und mit der Neuerung der während der Kriegsjahre erheblichen heansprachten Betriebseinrichtungen begonnen. Aus der Bilanz ist zunächst zu erwähnen, daß das Konto Maschinen, Utensilien und Werkzeuge auf 1 (200 000) Mk. heruntergeschrieben ist. Werkzeuge mit 1,91 (1,99) Mill. Mk., Außenstände mit 2,64 (2,66) Mill. Mk. darunter 1,06 (1,08) Mill. Mk., Bankguthaben, Wertpapiere einschließlich Reichsschatzwechsel mit 3,2 (3,58) Mill. Mk. berechnet. Kreditoren haben 1,31 (1,5) Mill. Mk. zu fordern.

Zuckerfabrik Krusche-itz Die Dividende für das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr wird, wie aus Verwaltungsbericht mitgeteilt wird, wieder 20 Prozent betragen, obwohl die Gesellschaft in der Lage gewesen wäre, mehr auszuschütten. Der Anteil der Rübenbauer soll erhöht werden. Die Gesellschaft beabsichtigt den Bau einer Zuckerraffinerie.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. An der Börse spielte sich das Geschäft hauptsächlich in ausländischen Aktienwerten ab, wogegen die übrigen Märkte, obwohl die Grundstimmung fest war, etwas sich in den Hintergrund traten. Am freien Verkehr erreichte Kanada bei großem Geschäft 506 Mk., Steaua Romana 4[illegible] Stärker waren auch West-Sibirianer, Mittelmeerbahnaktien u. zu steigenden Kursen gehandelt. Bei den amtlich gehandelten ausländischen Aktien, wie Fring Heinrich-Bahn, Orientbahn, Schantung und türkischen Tabak, betrugen die Kursbesserungen 2—10 Prozent. Oesterreichische Kreditaktien waren bis 8 Prozent gesteigert. Von der Aufwärtsbewegung in Steaua Romana wurden in geringerem Maße Deutsche Petroleum- und Erdölaktien mitgezogen. Von Kolonialwerten führten bei Steigerungen bis zu 7 und 4 Prozent Ottavi und Ottavi-Genußscheine. Schiffahrtswerte waren vernachlässigt. Die Kursbildung Montanmarkt war uneinheitlich, doch waren die gestern stärker gewichenen oberschlesischen Papiere kräftiger erholt. Die übrigen Industriewerte und Bankaktien lagen still und wenig verändert. Das Geschäft in fest verzinslichen Werten kam am zweiten Tage der amtlichen Kursfeststellung in geregelte Bahnen. Die Grundstimmung hierüber war fest. Oesterreichische und ungarische Renten lagen still und wenig verändert. Ausländische Banknoten und Kupons waren ruhig, aber fest. Im ganzen Verlauf blieben die Auslandswerte Trumpf.

Produktenbericht. Infolge der zur Erzielung stärkerer Mahlleistungen an die Reichsgetreidestelle nunmehr eingeführten Lieferungszuschläge für Brotgetreide und Gerste und der zu demselben Zwecke vorgeschriebenen Einschränkung des Haferverbrauches bis zum 15. Oktober erstreckte sich heute das Geschäft am Hafermarkte nur auf greifbare Ware. Notiert wurden Hafer und Roggen zu unveränderten Preisen. Für Erstere bleibt es feste Preisordnung bestehen. Lupinen waren etwas mehr gefragt, und in Serradella bestand für spätere Lieferung Interesse.

Börsengebräuche. Vom 2. September d. J. ab werden Faktien steiner Gardinen-Aktien (15 Prozent), Kattowitzer Bergbau-Aktien (0 Prozent) ausschließlich Gewinnanteilschein für 1918/19 an hiesiger Börse gehandelt und notiert.

Hafernotierungen:

Berlin, 2. September. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark. Loko ——— ab Speicher freiWagen. 1060—1100 ab Eingangsbahnhof. 1070——— bei Selbstabladung. Dreitägige Abladung — Dringliche Abladung — August-Abladung 960—1000. Erste Hälfte September-Abladung ———. September-Abladung — Oktober-Abladung ———. November-Abladung ———. Alles per 1000 kg Netto ab Abladestationen. Tendenz fest.

Auslandsnotierungen:

Chicago, 1. September. Weizen: September ——, Oktober ——, Mais: September 176—, Oktober ——, Dezember 137—, Mai 136⅜. Schmalz: September 2720—, Oktober 2705. Januar 2420. **York:** September 40—, Oktober 3025, Januar ——. Niveau September 2120—, Oktober 2140. Januar 1950. Hafer: September 70—, Oktober ——, Dezember 72⅞.

New-York, 1. September. Winter- und Sommerweizen: 277 Mais: loko 208⅛. Mehl: 9,50—10,25. Schmalz: 2882½. Zucker: Kaffee: 20—.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	141,50
Halberstadt-Blankenb.	80,50	Gebhardt u. Co.	—
Ilse-Hettstedter	—	Gebhardt u. Kinig	176,—
Schantung	131,—	Gelsenkirch. Bergb.	172,75
Alig. Lokal-Str.	127,—	Glanziger Zuckerfbr.	262,50
Gr. Berl. Str.	120,75	Hallesche Masch.-Fabr.	300,00
Magdeburger Str.-B.	—	Hann. Masch.	201,75
Lux. Prinz Heinrich.-B.	318,—	Harpener Berg	161,—
Orientbahn	298,—	Hasper Eisen	142,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	218,—
Hambg. Paketfahrt	101,⅝	Höchster Farbw.	260,—
Hambg.-Südamerika	171,75	Hoesch Eisen u. Stahl	194,—
Hansa-Dampfschiff	224,—	Hohenlohe-Werke	105,00
Nordd. Lloyd	104,—	Humboldt-Masch.	138,75
Banken:		Ilse-Bergbau	230,75
Bank für Thür.	—,—	Kalia-Porzellan	210,—
Berl. Handelsges.	150⅛	Kalw. Aschersleben	164,75
Comm u. Diskontobank	120,50	Körbisd. Zucker-Akt.	130,—
Darmstädter Bank	105,25	Kyffhäuserhütte	112,25
Dess. Landesbank	—	Lahmeyer u. Co.	156,—
Deutsche Bank	194,50	Lauchhammer	151,50
Diskonto-Comm.	152,50	Laurahütte	264,75
Dresdner Bank	136,—	Linke u. Hofmann	200,—
Credit-Anst. Leipzig	129,—	Ludwig Loewe u. Co.	150,—
Mitteld. Kreditbank	110,50	Lothringer Hütte	130,—
Privat-Bank	—,—	Mannesmannröhren	157,—
Nationalbank	—,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	142,50
Oesterr. Kredit	107,⅞	do. Caro Heg.	191,50
Reichsbank	148,75	do. Kokswerke	169,00
Industrie-Aktien:		Orenstein u. Koppel	175,75
Schultheiss-Brauerei	246,—	Phönix-Bergb.	177,—
Akt. f. Anilin	237,—	Rhein. Metall-Vorz.	194,—
Allgem. Elektr.-Ges.	167,75	Rhein. Stahlwerke	178,—
Ammendorfer Papierf.	—	Riebeck. Montan	172,—
Anhalter Kohlenw.	164,—	Rombacher Hütten	113,75
Annaberger Steingut	198,25	Rositzer Brauns.	196,—
Badische Anilin	340,—	Rositzer Zucker	203,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	131,—	Sangerhäuser Masch.	151,50
Berl. Maschinen-Bau	189,—	Hugo Schneider u. Co.	116,—
Bismarckhütte	206,—	Schuckert u. Co.	191,50
Bochumer Gußstahl	172,—	Siemens u. Halske	195,—
Chem. Fabrik Buckau	—	Stettiner Vulkan	137,—
Chem. Grünenheim	192,—	Stollberger Zinkh.	240,—
Chem. v. Heyden	206,—	Strals. Spielkarten	198,—
Consolidation Schalke	238,—	Thale-Eisenhütte	183,00
Crölwitzer Papierfabr.	124,—	Tritzler-Akt.-Ges.	232,—
Daimler-Motoren	210,—	Türkische Tabakregie	198,—
Deutsch-Luxemburg	147,⅞	Ver. Köln-Rottweiler	246,—
Deutsche Ueberseee-El.	249,75	Glanzstoff Elberf.	140,—
Deutsche Erdöl	290,—	Wegelin u. Hübner	—
Deutsche Gasglühl.	360,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	222,75
Deutsche Kali	179,75	Westeregeln-Alkali	165,—
Deutsche Waff. u. Mun	194,50	Wittener Gußstahl	131,—
Donnersmarckhütte	195,—	Wrede-Mälzerei	—
Döring u. Lehmann	117,50	Zeitz-Masch.	361,—
Dürkoppwerke	282,—	Zellstoff Waldhof	164,—
Elberfelder Farben	250,—	Otavi-Minen	172,—
Felten u. Guilleaume	165,—		

Hauptschriftleiter: Heinrich Bollmann.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Rundschau, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Abel Meyer-Hermann.
Anzeigenleiter: Paul Kersten; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909031-15/fragment/page=0004